

Stadt Bitterfeld-Wolfen
Rathausplatz 1
06766 Bitterfeld-Wolfen

Sitzungsniederschrift

Der Hauptausschuss führte seine 16. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Donnerstag, dem 18.02.2016, in Bitterfeld-Wolfen, Ortsteil Stadt Wolfen, Rathausplatz 1, Rathaus, Beratungsraum 212, von 18:30 Uhr bis 20:15 Uhr, durch.

Teilnehmerliste

stimmberechtigt:

Vorsitz

Dr. Werner Rauball

Mitglied

Doreen Garbotz-Chiahi

Dr. Siegfried Horn

André Krillwitz

Detlef Pasbrig

Dieter Riedel

Hendrik Rohde

Daniel Roi

Dr. Holger Welsch

i.V. von Herrn Armin Schenk

i.V. von Herrn Klaus-Ari Gatter

i.V. von Herrn Horst Tischer

i.V. von Herrn Günter Herder

Mitarbeiter der Verwaltung

Dirk Weber

FBL Stadtentwicklung

Gäste

Frau Dagmar Zoschke

Herr Sandor Kulman

Herr René Vollmann

Vorsitzende des Stadtrates

Stadtrat

Stadtrat

abwesend:

Mitglied

Günter Herder

Klaus-Ari Gatter

Armin Schenk

Horst Tischer

Die Mitglieder waren durch Einladung auf Donnerstag, den 18.02.2016, unter Mitteilung der Tagesordnung geladen worden.

Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung waren öffentlich bekanntgegeben worden.

Bestätigte Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit	
2	Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
3	Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift und Feststellung der Niederschrift der Sitzung vom 05.01.16	
4	Einwohnerfragestunde	
5	Diskussion zum Positionspapier des Stadtrates der Stadt Bitterfeld-Wolfen	
6	Information zum Verfahren einer verwaltungsgerichtlichen Sache vor dem VG Halle und Stellungnahme des Stadtrates BE: Herr Dr. Rauball	
7	Mitteilungen, Anfragen, Anregungen	
8	Schließung des öffentlichen Teils	

<p>zu 1</p>	<p>Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit</p> <p>Da sich Unstimmigkeiten zwischen der Veröffentlichung des Sitzungsbeginns im Mandatos (Angabe des Sitzungsbeginns: 18:00 Uhr) und der im Bürgerinfoportal (Angabe 18:30 Uhr) herausstellte, wurde die Sitzung um 18:10 Uhr vom Ausschussvorsitzenden zunächst noch einmal unterbrochen und offiziell erst um 18:30 Uhr begonnen. Es sind zu diesem Zeitpunkt 8 stimmberechtigte Mitglieder bzw. Vertreter anwesend, so dass der Ausschuss beschlussfähig ist.</p>	
<p>zu 2</p>	<p>Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung</p> <p>Zur vorliegenden Tagesordnung gibt es keine Änderungsanträge; diese wird bestätigt.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig beschlossen</p>	<p>Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0</p>
<p>zu 3</p>	<p>Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift und Feststellung der Niederschrift der Sitzung vom 05.01.16</p> <p>Zur Niederschrift der Sitzung vom 05.01.16 gibt es keine Einwände; diese wird bestätigt.</p> <p style="text-align: right;">mehrheitlich beschlossen</p>	<p>Ja 3 Nein 0 Enthaltung 5</p>
<p>zu 4</p>	<p>Einwohnerfragestunde</p> <p>Es werden keine Anfragen gestellt.</p>	
<p>zu 5</p>	<p>Diskussion zum Positionspapier des Stadtrates der Stadt Bitterfeld-Wolfen</p> <p><i>Herr Roi nimmt ab diesem TOP an der Sitzung teil; somit sind 9 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.</i></p> <p>Herr Krillwitz begründet als Einreicher das Positionspapier u.a. noch einmal damit, dass für ihn die Art und Weise des LK gegenüber den Kommunalpolitikern und den Bürgern, wie man in der Asylproblematik miteinander kommuniziere und welche Entscheidungen man treffe, nicht akzeptabel sei. Daher sollten die Stadträte zur Flüchtlingsproblematik Position beziehen. Damit eine Integration gelingen könne, müssten die Flüchtlinge im gesamten Kreisgebiet halbwegs gleichmäßig verteilt werden. Des Weiteren sollte man sich klar für eine dezentrale Unterbringung aussprechen. So wurde im OT Stadt Bitterfeld eine größere Anzahl von Flüchtlingen dezentral untergebracht, was nach seinen Informationen im Großen und Ganzen gut funktioniere. Gemeinschaftsunterkünfte sorgen oftmals für sozialen Sprengstoff. Im OT Stadt Wolfen bieten sich ebenso Möglichkeiten für dezentrale Unterbringungen. Ferner erwähnt Herr Krillwitz, dass er sich am 11. Februar im Kreistag zum BIG-Hotel erkundigte und keine befriedigende Antwort erhielt, aber aus der MZ dann erfuhr, dass das Hotel ab März/April als Flüchtlingsunterkunft genutzt werden soll. Die Stadt soll darüber angeblich auch informiert gewesen sein, er als Ortsbürgermeister hingegen nicht. Ferner beabsichtige der LK nach seinen Informationen, die Gemeinschaftsunterkünfte in Marke und in</p>	

Friedersdorf zum Jahresende zu schließen. Ihm stellt sich die Frage, ob das BIG-Hotel eine Lösung von 3 bis 5 Jahren sein soll oder sogar über einen längeren Zeitraum. Man sollte als Stadt konkrete Informationen vom LK einfordern.

Herr Dr. Horn hält das Positionspapier für überflüssig. Dezentrale Unterbringungen wurden in der Stadt Bitterfeld-Wolfen bisher bereits praktiziert und sollten nicht extra festgeschrieben werden. Im Hinblick auf den Verteilerschlüssel bemühe sich der LK nach seinem Dafürhalten, diesen in etwa gerecht zu handhaben. Die im Pkt. 4 des Positionspapiers geforderten Bestrebungen, der Umnutzung des BIG-Hotels als Gemeinschaftsunterkunft entgegenzuwirken, hält er in der Situation für falsch, da seiner Meinung nach eine größere Anzahl an Flüchtlingen erst einmal sicher über eine bestimmte Zeit zentral untergebracht werden müssen. Eine bessere Kommunikation in der ganzen Problematik hält er auf jeden Fall ebenso für notwendig. Herr Dr. Horn erwähnt, dass er aus dem Sudetenland stamme, selbst Kriegsflüchtling war, Flucht und Vertreibung hautnah erlebt habe und zu spüren bekam, was Hetze und Brandstiftung anrichten können.

Lt. **Herrn Dr. Welsch** sei es unstrittig, dass der LK vorrangig auf dezentrale Unterbringungen setze. Dass nicht immer Angebot und Nachfrage übereinstimmen, sei bekannt. Bei der derzeit steigenden Zahl an Asylsuchenden werde der LK nicht umhin kommen, zumindest zeitweise die Unterbringung in zentralen Unterkünften vorzunehmen. Um weitestgehend Konflikte zu vermeiden, müsse eine gute Kommunikation mit den kommunalen Vertretern geführt werden; nur so könne man gemeinsam nach außen gehen.

Herr Pasbrig hebt positiv hervor, dass Herr Krillwitz das Thema aufgegriffen hat. Die Bürger seien verunsichert und als Stadtrat könne man derzeit keine zufriedenstellenden Antworten geben. Als Stadt müsse man Mitspracherecht haben, um dies den Bürgern auch vermitteln zu können.

Herr Rohde hält das Schreiben, das Herr Krillwitz an den Landrat richtete, nicht für zielführend, da dadurch Ängste und Schuldzuweisungen geschürt werden. Klar sei für ihn ebenso, dass man als Stadt eine Position beziehen müsse, da die Bürger darauf warten. Die Neubi und die WBG haben als erste die dezentrale Unterbringung praktiziert, die kaum Komplikationen hervorrufe. Er lehne selbst auch eine zentrale Unterkunft weiterhin ab, obwohl man übergangsmäßig, allerdings mit einer Fristsetzung, kompromissbereit sein sollte. Das Positionspapier sei für ihn ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Frau Zoschke bemerkt, dass der LK vor einigen Jahren die dezentrale Unterbringung beschlossen hatte. Die Gemeinschaftsunterkünfte in Friedersdorf und Marke sollten damals schon Auslaufmodelle sein, wobei sich allerdings die Situation durch den großen Zustrom an Asylsuchenden änderte, da die wenigen angemieteten Wohnungen sehr schnell vergeben waren. Der LK habe daraufhin das Ziel vertagt, dass alle Kommunen an der Flüchtlingsunterbringung beteiligt werden müssen. Dieser Konsens sei ihres Erachtens durch die Kommunen aufgekündigt worden. Es sollen nunmehr nicht in erster Linie Gemeinschaftsunterkünfte in Bitterfeld-Wolfen entstehen, sondern auch zwei in Köthen gebaut werden. Die Ausschreibungen wurden vollzogen. Die Gemeinschaftsunterkunft in Marke laufe zum 31.12.16 aus und soll zuerst gekündigt werden. Das Problem der fehlenden Kommunikation sehe sie ebenso. Sie schlägt daher vor, dem Landrat bzw. dem zuständigen Dezernenten im LK nahezu legen, eine andere Kommunikationsstrategie zu entwickeln. Bevor ein Positionspapier im

Stadtrat verabschiedet wird, sollte man Vertreter des Landkreises nochmals einladen und genauer über geplante Vorhaben befragen.

Herr Dr. Rauball geht in seiner Argumentation auf die Prozentzahlen der Aufnahme von Flüchtlingen in den einzelnen Kommunen ein, worüber der Landrat informierte. Es stellte sich heraus, dass u.a. auf Zerbst und Zörbig zu wenige Asylbewerber im Gegensatz zu anderen Kommunen aufgeteilt wurden. Herr Böddeker habe in der Kreistagsfraktion mitgeteilt, dass er weiterhin an der dezentralen Unterbringung festhalte. Er äußerte sich negativ über die Kommunen, die nicht bei einer ausreichenden dezentralen Unterbringung mitwirken. Nachdem Wohnungen im OT Stadt Bitterfeld belegt waren, wurde darüber nachgedacht, auch weitere im OT Stadt Wolfen/Wolfen-Nord zu belegen. Da er dahingehend eine Unterstützung vermisst habe, wurde die Entscheidung über eine zentrale Unterbringung der Asylbewerber im BIG-Hotel getroffen. Dieses geschah nicht durch ein übliches Vergabeverfahren, sondern die Entscheidung wurde durch den Landrat selbst, auf dem Wege einer ordnungsbehördlichen Anordnung, getroffen. Der Landrat habe daraufhin einen Mietvertrag unterschrieben, den er selbst, so Herr Dr. Rauball, nicht kenne. Es wäre s.E. auf jeden Fall sinnvoll, sich mit dem LK über die Problematik nochmals auszutauschen. Da im Hauptausschuss alle Fraktionen vertreten sind und dieser öffentlich ist, sollte das Gremium dafür genutzt werden. Er hält es für erforderlich, dass die OB mit den örtlichen Vermietern weiterhin im Gespräch über dezentrale Unterbringungen von Asylsuchenden bleibt. Die Bereitstellung einer Gemeinschaftsunterkunft sollte als Ultima Ratio nur befristet zur Verfügung gestellt werden.

Herr Krillwitz stellt daraufhin noch einmal seine Sicht auf die Dinge dar und bemerkt, dass vom Landrat zu verschiedenen Zeiten unterschiedliche Meinungen geäußert wurden. Lt. Information im Kreistag am 11.02.16 wurde gesagt, dass man vom BIG-Hotel Abstand nehmen würde, wenn es alternative Angebote gäbe. Jetzt dürfte es allerdings zu spät sein, da finanzielle Verpflichtungen eingegangen wurden. Er habe daher ein Schreiben an das Landesverwaltungsamt gerichtet. Wenn der Landrat eine derartige Entscheidung treffe, müsste nach seinem Ermessen der Kreistag darüber informiert sein, was s.E. jedoch nicht der Fall sei. Man sollte eine Formulierung finden, dass man das BIG-Hotel nur zeitlich begrenzt toleriere. Die Zeit müsste dann genutzt werden, um Alternativangebote mit den Wohnungsunternehmen zu suchen.

Herr Dr. Rauball schlägt nach weiterer Diskussion vor, die Problematik auf den nächsten Hauptausschuss zu vertagen und den Landrat, Herrn Böddeker, Frau Guardian und die OB dazu einzuladen, um die Positionen gegenseitig darzustellen.

Frau Zoschke unterbreitet daraufhin folgende Vorschläge zur Änderung des Positionspapiers:

1. Der Stadtrat der Stadt Bitterfeld-Wolfen spricht sich für eine dezentrale Unterbringung der Schutzsuchenden aus, da damit eine bessere Integration gewährleistet werden kann. Die Errichtung von Gemeinschaftsunterkünften in unserer Stadt kann nur für eine befristete Übergangszeit für eine Notsituation akzeptiert werden.
2. Der Stadtrat der Stadt Bitterfeld-Wolfen fordert den Landrat auf, am bestehenden gleichmäßigen Verteilerschlüssel festzuhalten und ihn umzusetzen.
3. Wir fordern nicht nur ein Umdenken, sondern eine andere Kommunikationsstrategie, auch und besonders mit uns Kommunalpolitikern.
4. Wir laden den Landrat, den zuständigen Dezernenten,

	<p>verantwortliche Mitarbeiter gemeinsam mit der Oberbürgermeisterin und Mitarbeitern der Stadt zum Thema in die öffentliche Beratung des Hauptausschusses des Stadtrates ein.</p> <p>Herr Krillwitz bemerkt, dass er als Einreicher des Positionspapiers diesen Vorschlag übernimmt.</p> <p>Herr Roi geht in seiner Argumentation auf einen weiteren Aspekt ein, und zwar die Verteilung der Nichtasylberechtigten (z.B. aus den Balkanstaaten), die lt. Bundesamt und einer Resolution des Kreistages nicht mehr auf die Kreise verteilt werden sollen, was aber nach wie vor passiere. Dies führe ebenso zu einer Nichtakzeptanz, wenn diejenigen dezentral in Wohnungen untergebracht werden. Eine dezentrale Unterbringung soll asylberechtigten Familien vorbehalten sein. Er stellt ebenso einen Änderungsantrag zum Positionspapier vor.</p> <p>Herr Dr. Rauball bemerkt, dass Nichtasylberechtigte zunächst zentral in Halberstadt untergebracht und nur diejenigen auf die Landkreise verteilt werden, die zumindest Aussicht auf Bleiberecht haben.</p> <p>Herr Pasbrig spricht den Punkt der finanziellen Unterstützung der Kommunen vom LK bzw. vom Land für die Eingliederung der Asylberechtigten in die Gesellschaft an.</p> <p>Herr Dr. Rauball verliest noch einmal die o.g. Punkte des Positionspapiers, die Frau Zoschke vorgeschlagen hatte und die von Herrn Krillwitz übernommen wurden und als Grundlage der Sitzung des nächsten Hauptausschusses am 10.03.16 dienen sollen.</p> <p>Herr Krillwitz bittet um Abstimmung über die Punkte. Das Votum ergibt 7 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen.</p> <p>Herr Dr. Rauball stellt noch einmal den Antrag, das Positionspapier in der Fassung auf die Sitzung des Hauptausschusses am 10.03.16 zu vertagen. Dies wird mit 8 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung bestätigt.</p>	
zu 6	<p>Information zum Verfahren einer verwaltungsgerichtlichen Sache vor dem VG Halle und Stellungnahme des Stadtrates BE: Herr Dr. Rauball</p> <p>Herr Dr. Rauball verweist darauf, dass er den HA-Mitgliedern heute einen Entwurf einer Stellungnahme zur obigen Problematik vorgelegt hat. Ferner habe er diesen Entwurf an die OB, Frau Wust, mit der Bitte weitergeleitet, diese auch an Frau Neumann, SBL Recht, zu übermitteln, damit sie von ihrer Seite noch Hinweise geben könne. Dazu gibt es keine Stellungnahme von der Verwaltung und den HA-Mitgliedern.</p> <p>Auf die Frage von Herrn Dr. Rauball, wer mit dem vorliegenden Entwurf einverstanden ist, sprechen sich 6 Ausschussmitglieder dafür und 2 dagegen aus, 1 Ausschussmitglied enthält sich der Stimme.</p> <p>Herr Dr. Horn äußert in dem Zusammenhang sein Unverständnis, dass der Stadtrat mehrheitlich unter den gleichen Prämissen entschied, Herrn Dr. Baronius, der ebenso nicht mehr Stadtratsmitglied ist, als Aufsichtsratsmitglied in die STEG zu berufen, was Herr Dr. Rauball auch so sieht.</p>	
zu 7	<p>Mitteilungen, Anfragen, Anregungen</p> <p>Herr Pasbrig geht auf die Problematik „Risiko- und Bedarfsanalyse“ ein. Er schlägt vor, eine gemeinsame Sitzung der Ausschüsse ROVB und HA zu dieser Thematik durchzuführen, und zwar am 08.03.16, 18:00 Uhr. Die Beschlussfassung im Stadtrat wird am 16.03.16 anstehen.</p>	

	<p>Herr Dr. Rauball informiert über die Beantwortung seiner Anfragen vom 03.02.16 bzgl. der Jahresabschlüsse von Gesellschaften, an denen die Stadt Bitterfeld-Wolfen beteiligt ist. Diese erhielt er per Mail am 15.02.16 und wird als Anlage zur Niederschrift des Stadtrates vom 03.02.16 beigelegt.</p> <p>Herr Dr. Rauball bringt zum Ausdruck, dass zu dieser Problematik für ihn dennoch Klärungsbedarf bestehe.</p> <p>Herr Weber bittet zu berücksichtigen, dass aus den Reihen des Stadtrates Aufsichtsräte in den kommunalen Unternehmen vertreten sind und eine Überwachungsfunktion ausüben.</p> <p>Darüber gibt es weitere Diskussionen.</p> <p>Herr Dr. Rauball informiert ferner darüber, dass er, gemeinsam mit seiner Frau, Schreiben an den Innenminister Herrn Stahlknecht und an das Landesverwaltungsamt in der Angelegenheit der Fördermittel für die Feuerwehr Reuden geschickt habe. Seine Frau und er vertreten die Auffassung, dass die Fördermittelvergabe nicht korrekt gelaufen sei und man darum bittet, den Fördermittelbescheid überprüfen zu lassen.</p> <p>Herr Dr. Welsch geht davon aus, dass die OB dazu Stellung nehmen wird.</p> <p>Herr Rohde spricht die Anfrage von Herrn Schenk zur letzten HA-Sitzung noch einmal an, ob es Einschränkungen von Seiten der Stadtverwaltung für Parteien gebe, sich auf den Marktplätzen im Stadtgebiet zu präsentieren.</p> <p>Herr Schulze, SBL Öffentliche Anlagen, bestätigte diese Einschränkungen.</p> <p>Herr Rohde ergänzt, dass diese auf einem Runderlass des Innenministers basieren, worauf Frau Zoschke hinzufügt, dass die Stadt, lt. Empfehlung des Innenministers, dieses per Satzung regeln müsse.</p> <p>Herr Dr. Rauball bittet Herrn Weber als Vertreter der Verwaltung diese Problematik aufzunehmen, damit dazu Stellung genommen wird.</p>	
zu 8	<p>Schließung des öffentlichen Teils</p> <p>Herr Dr. Rauball schließt um 20:15 Uhr den öffentlichen Teil und beendet die Sitzung des Hauptausschusses, da im Vorfeld, aufgrund des verspäteten Beginns der Sitzung, bereits geklärt werden konnte, dass keine Dinge im n.ö. Teil besprochen werden.</p>	

gez.
Dr. Werner Rauball
Ausschussvorsitzender

gez.
Ilona Bütow
Protokollantin